„Klimapaket ist eher ein kleines Päckchen“

Richard Mergner, Vorsitzender des BUND Naturschutz Bayern, kritisiert, dass die Bundesregierung „zu wenig mutig war“

Passau. Seit gut eineinhalb Jahren steht Richard Mergner als Vorsitzender dem BUND Naturschutz in Bayern (BN), dem größten und ältesten Natur- und Umweltschutzverband im Freistaat, vor. Im Interview mit der Heimatzeitung erklärt er, warum er die „Fridays for Future“-Bewegung gut findet, welche Punkte aus seiner Sicht im Klimapaket der Bundesregierung fehlen, und was zur Rettung des Waldes in Bayern passieren muss.

Der BUND Naturschutz Bayern ist ein Faktor. Ist es für Sie als Umweltverband gut, wenn die Grünen als Partei erstarken und die „Fridays for Future“ die Schlagzeilen bestimmen? Fühlen Sie sich da abgehängt oder sagen Sie, das ist gut, es geht schließlich um ein gemeinsames Anliegen?

Richard Mergner: Danke, dass Sie den BN als Faktor in der Umweltpolitik ansehen. Das haben wir uns aber auch mühsam erarbeitet. Dass wir es in Zeiten, wo ehrenamtliches Engagement nachlässt, trotzdem schaffen, dass wir nach wie vor Mitgliederwachstum haben, ist natürlich ein Indikator dafür, dass die Natur und die Umweltproleme bei den Menschen immer stärker Thema werden. Daher freut es uns natürlich, dass sich mit „Friday for Future“, wo auch viele unserer eigenen Jugendorganisationen dabei sind, ausgehend von einer einzelnen Schülerin, die Welt verändert hat. Dass es überhaupt ein Klimakabinett gibt auf Bundesebene, dass wir heute die entsprechenden Beschlüsse bekommen für ein Klimaschutzgesetz, das kommt ja nicht von ungefähr. Sondern das ist tatsächlich zurückzuführen auf diese Bewegung und auch auf die Wahlerfolge der Grünen. Uns wäre es natürlich lieber, wenn auch die CSU und die Freien Wähler selber vor Jahren schon erkannt hätten, dass es da um eine Überlebensfrage geht und dass wir das Klima nicht verbiegen, weil wir das Klima schützen müssen, sondern weil wir unsere Lebensgrundlagen schützen müssen. Deswegen ist für uns die „Fridays for Future“-Bewegung, die wir unterstützen, ohne sie vereinnahmen zu wollen, ganz wichtig, weil sie auch dazu beigetragen hat, dass die Diskussionen jetzt anders geführt werden, als noch vor einem Jahr.

Was die Regierung im Klimapaket vorlegt, „ist erschütternd wenig“

Heute soll das Klimapaket der Bundesregierung verabschiedet werden. Anfang der Woche gab es Diskussionen, dass es wohl entschärft werden wird. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

Mergner: Es ist gut, dass der Klimaschutz in der Spitze der politischen Diskussion angekommen und für alle Parteien inzwischen Topthema geworden ist. Wir wissen auch, dass das aber einen tiefgreifenden Wandel unseres gesamten wirtschaftlichen und persönlichen Lebens bedeutet. Aber wenn wir uns anschauen, wie viele Millionen Menschen auf die Straße gehen, und was die Bundesregierung als führende Industrienation für Deutschland jetzt vorlegt, dann kann man nur sagen, es ist erschütternd wenig. Wir werden damit die Pariser Klimaschutzziele nicht einhalten. Und wir laufen auch Gefahr, dass wir die Obergrenzen, die die Bundesregierung und auch der Bundestag gegenüber der Europäischen Kommission verpflichtend eingegangen sind, nicht erreichen. Jetzt sind schon im Bundeshaushalt Strafzahlungen eingepreist, weil wir vor allem im Verkehrsbereich nichts eingespart haben, sondern sogar noch höher gekommen sind. Wenn man sich das Klimapaket – oder eher Päckchen – anschaut, dann ist es erschütternd. Die einleitenden Aussagen auf der ersten Seite im CSU Vorstandsbeschluss zum Klimaschutz könnten auch vom BUND Naturschutz sein. Aber wenn man dann schaut, wo wird es konkret, dann wird ein Tempolimit abgelehnt, dann gibt's keinerlei Abstriche an der bisherigen Infrastrukturpolitik. Vor wenigen Tagen ist die A 94 in Betrieb genommen worden, nebenher fährt eine nicht-elektrifizierte eingleisige Bahn. Allein im Verkehrsbereich gibt es so viele Mängel, da können wir nur sagen, hier muss massiv nachgesteuert werden und wir setzen hier auf den Bundestag. Wir als BN fordern mehr Ehrlichkeit und mehr Mut und wir glauben auch, dass viele Menschen bereit sind, diesen Weg zu gehen.

„Wenn Bau-Projekte sich verzögern, liegt es nicht an den Umweltverbänden“

Mitte September haben mehrere CDU-Politiker einen 11-Punkte-Plan für schnelleres Planen und Bauen neuer Bahnstrecken oder Autobahnen vorgelegt. Um die Verfahren zu beschleunigen, soll unter anderem das Klagerecht von Umweltverbänden eingeschränkt werden, damit diese das Verbandsklagerecht nicht pauschal für die Blockade von Infrastrukturprojekten nutzen. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

Mergner: Das ist ein alter Hut. Wir hatten schon in den 90ern das sogenannte Verkehrswege-Planungs-Beschleunigungsgesetz, um Autobahnprojekte und auch partiell Schienenprojekte schneller durchzusetzen. Wir haben uns natürlich auseinandergesetzt mit diesem Vorwurf und ich kann sagen: Es liegt nicht an Umweltverbänden, wenn Projekte verzögert werden. Es liegt in der Regel daran, dass von Anfang an nicht gut genug geplant ist und vor allem vermeintlich alternativlos geplant wird. Wenn wir klagen, dann wie beispielsweise bei der A 94, weil wir da eine Alternative hatten, nämlich den autobahngleichen Ausbau der bestehenden Bundesstraße. Gerade bei der Bahn haben wir in den letzten Jahren eine sehr positive Entwicklung – sicherlich ausgelöst durch Stuttgart 21 –, dass die Bahn Planungsprozesse anders macht und versucht, Konsens-Trassen zu finden. Das vermissen wir bei der Straße. Eine Mobilitätswende wird nicht behindert durch berechtigte Klagemöglichkeiten von Umweltverbänden und Bürgern, sondern von einer schlechten Verkehrspolitik. Ich habe gestern die PNP gelesen und es ist ja schön, wenn einem der Bundesverkehrsminister Scheuer aus einem kleinen autonom fahrenden Bus entgegenschaut. Aber dass Passau Stadt und Landkreis noch nicht einmal einen Verkehrsverbund haben, der seinen Namen verdient, da kann ich nur sagen, da ist leider diese Region verkehrspolitisches Entwicklungsland.

Um eine dezentrale Energiewende in Bayern vollziehen zu können, braucht es Richard Mergner zufolge nicht nur eine Vervierfachung der Photovoltaikanlagen, sondern auch eine Verdoppelung der Windkraftanlagen. Für eine Windkraft nach Plan und am richtigen Standort setzt sich der BUND Naturschutz ein. – Foto: Jörg Schlegel

Stichwort Energiewende. Windkraftanlagen werden nicht mehr gebaut, es gibt viele Proteste. Was sagen Sie zu Windkraft in Bayern?

Mergner: Wenn wir in Bayern die Energiewende und den Klimaschutz dezentral voranbringen wollen, dann brauchen wir zum einen eine radikale Energieeinsparung, die nur mit entsprechender Technik machbar ist. Diese Technik ist vorhanden, es ist nur die Frage, ob sie eingesetzt wird. Und dann brauchen wir eine Vervierfachung der Photovoltaikanlagen und eine Verdoppelung der Windkraftanlagen. Die Windkraft ist in Bayern nahezu zum Erliegen gekommen, aus vier Gründen. Der erste ist: Sie ist schlechtgeredet worden. Zweitens hat Ministerpräsident Söder noch im Wahlkampf gesagt, in Bayern weht nicht genug Wind und er will die Landschaft nicht zerstören. Der dritte Grund war, dass auch unter einem Wirtschaftsminister Gabriel auf Druck der CDU/CSU die Grundlagen für Windkraft so verändert worden sind, dass es vom Erneuerbare-Energien-Gesetz zu einem Ausschreibungsmodell kam. Das heißt, viele unserer Leute haben in Bürgerenergiegenossenschaften gearbeitet, wollten auch in Windkraft investieren, haben dann aber gesagt, ich kann doch nicht 200 000 bis 300 000 Euro für Planungskosten in die Hand nehmen und dann krieg ich den Zuschlag nicht. Und dann kam noch die Abstandsregelung. Jetzt haben wir partiell eine Anti-Windkraft-Stimmung und jedes Windrad wird bekämpft. Wir setzen uns dafür ein, Windkraft nach Plan, am richtigen Standort mit entsprechender Bürgerbeteiligung. Und die 10H-Abstandsregel muss weg.

Kommen wir zum Thema Wald. Der hat auch in Bayern durch schwere Stürme, extreme Dürre und den Borkenkäfer stark gelitten. Was muss zur Rettung des Waldes passieren?

Mergner: Sorgen macht uns, dass die Klimakrise gerade hier in der Region auch spürbar wird – nicht nur die Trockenschäden, sondern auch die Anfälligkeit für den Borkenkäfer. Wir müssen hier mit riesigen Entwaldungen rechnen, wenn nicht gegengesteuert wird. Wichtig ist aber dabei nicht nur, dass ich Bäume pflanze, sondern dass der Wald von selber wachsen kann. Und dafür muss die Jagd stimmen, damit der Wald ohne Zaun und ohne Plastik-Einzelschutz von unten hochwachsen kann – und zwar der Mischwald und vor allem die Tanne. Wir haben noch zu viele Rehe, die die jungen Bäumchen verbeißen. Ich kann man sich vorstellen wie einen Rasenmäher, der da drüber geht. Wir setzen uns mit den Jägern dafür ein, dass die Wildstände so sind, dass der Zukunftswald wachsen kann. Wenn wir das nicht in den Griff kriegen, nutzen uns irgendwelche Pflanzungen – egal ob fünf oder zehn Millionen Bäume – nichts, weil wenn sie gefressen werden, dann haben wir keinen Effekt, weder für den Klimaschutz noch für Stabilität der Wälder. Und in Sachen Borkenkäfer setzen wir uns massiv dafür ein, dass das Holz verwertet wird. Also eine ganz konkrete Forderung, die ich mir auch in dem Klima-Papier erwartet hätte, wäre, dass öffentliche Bauten nur noch mit Holz errichtet werden. Das wäre eine Ansage gewesen. Wir brauchen hier Absatz.

„Wir werden ein zweites Volksbegehren zum Flächenfraß prüfen“

Muss sich bei der Holzverwertung dann nicht auch was an der Preispolitik ändern? Was kann man da tun?

Mergner: Ja, es muss für Absatz gesorgt werden. Dabei wäre eine klare Strategie für die nächsten Jahre wichtig. Unsere Forderung an den Nationalpark war ja auch, dass sie bis auf wenige Randbereiche ihre Borkenkäferbekämpfung einstellen, damit überhaupt genügend Maschinen und Personal da ist, um in Privatwäldern arbeiten zu können. Das ist ja momentan der Engpass. Und dann werden zentrale Holzlager gebraucht, um nicht in den Markt, der ohnehin zusammengebrochen ist, noch weiter mit Holz reinzugehen. Wir als BN haben vor dieser Entwicklung des Waldsterbens 2.0, die wir jetzt haben, gewarnt. Und deswegen – und da sind wir wieder am Anfang – brauchen wir kein Klimapäckchen, sondern ein kraftvolles mutiges Klimaschutzgesetz, heruntergebrochen auf die einzelnen Sektoren, um beispielsweise auch das Eigentum von Waldbesitzern zu schützen.

Wie geht es aus Ihrer Sicht beim Thema Flächenfraß in Bayern weiter?

Mergner: Wir haben uns sehr gefreut über die Koalitionsvereinbarungen der bayerischen Staatsregierung, weil da unmindest als Richtwert fünf Hektar pro Tag im Freistaat drin stand. Wir haben der Regierung dann auch einen Vertrauensvorschuss gegeben, dass sie das auch umsetzt. Jetzt sehen wir, dass es nicht umgesetzt wird. Wir warten jetzt noch ein bisschen und dann prüfen wir tatsächlich ein zweites Volksbegehren.

Das Interview führten Ernst Fuchs und Carolin Federl.